

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Zentis. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Michael Groschek, und zwar in Vertretung von Herrn Minister Dr. Walter-Borjans. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Vielen Dank. – Herr Präsident! Sie haben recht in der Zuordnung, und die Landesregierung hat recht, wenn sie sagt: Wir wollen die erfolgreiche Schulpolitik in der nächsten Wahlperiode nicht nur fortsetzen, sondern wir wollen sie mit einer Investitionsoffensive begleiten. Dann wird gute Schule in Nordrhein-Westfalen noch besser. Darauf können sich die Menschen bei Rot-Grün verlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es war gut, dass die Ministerpräsidentin im Sommer dieses Jahres angekündigt hat: Wir werden 2 Milliarden € als Investition in die kommunale Schulinfrastruktur ermöglichen – 2 Milliarden €, die die NRW.BANK jeweils ab dem 1. Januar zur Verfügung stellt, je 500 Millionen € pro Jahr. Alle Städte und Gemeinden können an dieser Maßnahme teilnehmen. Die 20 Jahre Tilgung übernimmt das Land; Tilgung und Zins liegen zu 100 % beim Land.

Die Kommunen, die Schulen, die Schülerinnen und Schüler haben zu 100 % den Nutzen, tragen aber zu 0 % die Kosten. Das ist eine faire Kosten- und Nutzenverteilung. Deshalb ist ja der Unmut auf den Oppositionsbänken so groß. Die Schulen, die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer sagen: Ja, das ist ein wunderbares Programm. – Diese Zustimmung wird nur noch getoppt von der Zustimmung der Handwerksbetriebe und der örtlichen Wirtschaft.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie sind sauer, weil Ihnen ein vermeintlicher Wahlkampfgegner abhandengekommen ist. Schule schlecht reden – das wird im Wahlkampf nicht funktionieren!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt keinen Schattenhaushalt, weil die Zuweisung und die Zinsübernahme als wirtschaftliche Zuweisungen im Haushalt enthalten sind und daher viel Licht und kein Schatten über diesem Programm liegt. Das ist auch deshalb klug, weil heute der Zinssatz bei null liegt und morgen möglicherweise nicht mehr. Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen – nach dieser klugen schwäbischen Hausfrauenweisheit werden wir weiterhin kluge Politik machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit können wir abstimmen über den Einzelplan 05. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13505, den Einzelplan 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne stimmen zu, ebenso Herr Stüttgen, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Die beiden fraktionslosen Abgeordneten Schwerd und Schulz sowie die Piratenfraktion, die CDU- und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der **Einzelplan 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13505 in zweiter Lesung** mit der Koalitionsmehrheit **angenommen**.

Wir müssen noch eine weitere Abstimmung durchführen, nämlich über die **Überweisung des Gesetzesentwurfs Drucksache 16/13496**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Beschlussempfehlung und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/13503 und 16/13517

In Verbindung mit:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017

Die Aussprache ist eröffnet. Ans Pult tritt Herr Kruse für die CDU-Fraktion. – Bitte schön.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Seit 2010 trägt Rot-Grün die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen. Die Bilanz der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist verheerend. Das Wirtschaftswachstum ist auf einem Tiefpunkt, die Schuldenberge sind gewachsen, die Bildungspolitik behält schlechte Noten. In nahezu allen Politikfeldern ist Rot-Grün kläglich gescheitert.

(Beifall von der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Lage ist ernst. Deutschland und Europa befinden sich am Wendepunkt. Wir erleben eine politische, gesellschaftliche und soziale Lage in Europa, die mit zahlreichen Krisen, gesellschaftlichen Verwerfungen und Verunsicherungen verbunden ist.

Mehr als je zuvor müssen aus meiner Sicht die Antworten auf folgende Fragen diskutiert werden: Was sind eigentlich die Aufgaben jeden Staates? Was sind die originären Aufgaben der Länder? Staatstheoretisch betrachtet gehört hierzu – wenn man denn noch Grenzen will und sich zu souveränen Staaten bekennt – der Schutz der Bürgerinnen und Bürger nach innen und außen. Insofern ist innere Sicherheit ein Thema, das Thema unserer Zeit.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Leistungsbilanz von Rot-Grün nach mehr als sechs Jahren ist außerordentlich besorgniserregend. Verantwortlich hierfür ist in besonderer Weise der aus meiner Sicht nach wie vor populistisch agierende Innenminister Ralf Jäger.

(Beifall von der CDU)

Sie, Herr Minister Jäger, stehen auch als für die Lage in unseren Kommunen zuständiger Minister ein halbes Jahr vor dem Ende Ihrer Amtszeit vor einem innenpolitischen Scherbenhaufen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Selbst Ihre Antworten auf die Großen Anfragen der CDU-Fraktion zur Situation der Polizei – die letzte werden wir in Kürze noch diskutieren – verdeutlichen eine jahrzehntelang verfehlt Politik.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, woran liegt es, dass Nordrhein-Westfalen unter rot-grüner Regierungsverantwortung die Kriminalitätshochburg Nummer eins in Deutschland geworden ist und ca. 1,5 Millionen Straftaten – mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen – registriert werden? Worauf ist es zurückzuführen, dass Nordrhein-Westfalen mit einer Aufklärungsquote von konstant unter 50 % den letzten Tabellenplatz unter den bundesdeutschen Flächenländern einnimmt? Welche Ursache hat eigentlich der massive Anstieg der Einbruchskriminalität bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote? Wenn in Köln nur noch jeder 18. und in der Landeshauptstadt nur noch jeder 13. Wohnungseinbruch aufgeklärt wird, kennzeichnet diese dramatische Entwicklung das Versagen Ihrer Politik, Herr Minister Jäger.

Sicher sind wir uns einig darin, dass es in unserem Land keine rechtsfreien Räume geben darf. Leider ist das Gegenteil der Fall. Die Polizei ist in bestimmten Gegenden nicht mehr in der Lage, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir haben eine Zunahme von sogenannten No-go-Areas zu verzeichnen, obwohl Sie, Herr Minister Jäger, dies immer wieder bestreiten. Es gibt Bereiche bei uns im Land –

zum Beispiel im Dortmunder Norden, in Duisburg, Köln und anderswo –, in denen Polizisten nur mit Verstärkung tätig werden. Schon heute gibt es Bezirke, in denen Banden ganze Straßenzüge für sich reklamieren, Anwohner und Geschäftsleute eingeschüchtert werden und Angsträume entstanden sind. Selbst im beschaulichen Düren hat vor wenigen Tagen das bloße Verteilen eines Parkknöllchens einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst, weil ein türkischstämmiger Familienclan zuerst einen Mitarbeiter des Ordnungsamtes und später auch die hinzugerufenen Polizeikräfte massiv attackiert hat.

Hinzu kommt, dass sich die Zahl der Salafisten in Ihrer Amtszeit, Herr Minister Jäger, von ca. 500 auf fast 3.000 nahezu versechsfacht hat.

Die Rockerszene wird immer gefährlicher und unübersichtlicher.

Warum haben Sie eigentlich – das ist eine Frage aus der Sicht des sogenannten ländlichen Raumes – in Ihrer Verantwortung den Polizeibehörden im ländlichen Raum 133 Streifenwagen und 200 Zivilfahrzeuge genommen und damit die Polizeipräsenz erheblich gestärkt?

(Zuruf von der SPD)

– Erheblich geschwächt! Entschuldigung!

(Weiterer Zuruf von der SPD)

– Schön, dass Sie aufgepasst haben. Ich danke für Ihre Korrektur.

Uns erfüllt mit Sorge, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Hoffnung in private Sicherheitsdienste setzen. Die Zahl der Beschäftigten dort ist mit mehr als 40.000 nur in Nordrhein-Westfalen höher als die der Polizeibeamten im operativen Dienst, und zwar – wie schon in der Haushaltsdebatte am 3. Dezember 2015, fast genau vor einem Jahr, ausgeführt – losgelöst von den Sicherheitsdiensten in Flüchtlingsunterkünften, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Die nur ansatzweise skizzierte, besorgniserregende Gesamtentwicklung in unserem Bundesland führt zu einer schleichenden Erosion unseres Rechtsstaates und zum Verlust des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates sowie in der Tendenz zu einem Zerfall der inneren Ordnung und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, für die Sie, Herr Minister Jäger, und die sie tragenden Fraktionen von Rot und Grün die politische Verantwortung bei uns im Lande tragen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sind uns – so hoffe ich – sicher einig darin, dass der Dienst unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die volle Rückendeckung durch die Politik braucht. Was aber treibt diese Landesregierung? –

Die Fraktionen von Rot und Grün haben sich vor wenigen Tagen für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgesprochen. Damit hat das Misstrauen gegenüber unseren Beamtinnen und Beamten – gegenüber den Männern und Frauen in Uniform – einen Namen: Rot-Grün.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Völliger Blödsinn!)

Die rot-grüne Landesregierung tritt damit auch das Mitbestimmungsrecht der Polizei mit Füßen. Der Hauptpersonalrat der Polizei hatte die Kennzeichnungspflicht entschieden abgelehnt. Auch die daraufhin angerufene Einigungsstelle im NRW-Innenministerium sprach sich gegen die Kennzeichnungspflicht aus. Nun wurde das Gesetzesvorhaben kurzerhand unter anderem Absender – nämlich von den regierungstragenden Fraktionen – in den Landtag eingebracht.

Rot-Grün schürt mit einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte den Irrglauben, dass von unserer Polizei eine Gefahr für die Bevölkerung ausgeht. Das Vorhaben der Koalition ist aus unserer Sicht

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

ein herber Schlag in das Gesicht der Polizisten und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen.

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt die Kennzeichnungspflicht weiterhin ab. Denn die Polizei braucht, wie gesagt, die uneingeschränkte Rückendeckung statt durch eine Kennzeichnungspflicht noch zusätzlich an den Pranger gestellt zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Michele Marsching [PIRATEN])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Staat kann und darf sich einen Verlust an Autorität nicht leisten. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei selbst, sondern auch und vornehmlich der Politik. Sie muss dafür sorgen, dass die Beamten angemessen ausgestattet und ausgebildet sind und dass es überhaupt Polizisten gibt, um den Gefahren gewachsen zu sein.

Die nur kurz skizzierten und/oder identifizierten Probleme lassen sich weiß Gott nicht von heute auf morgen beheben, sondern bedürfen langfristiger Anstrengungen. Ziel muss es aus unserer Sicht sein, durch strukturelle Veränderungen die Schlagkraft der Polizei auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung zu erhöhen.

Wir haben in den letzten vier bzw. in den letzten sechs Jahren eine Vielzahl von Anträgen und Initiativen in diese Richtung gestellt. Sie haben sie – wenn man so will – alle abgelehnt.

(Thomas Stotko [SPD]: Nicht einen Haushaltsantrag!)

– Herr Kollege Stotko, so allmählich scheinen Sie bei einigen Punkten zur Einsicht zu kommen, zum Beispiel bei der Verbesserung des Schutzes von Polizeibeamten vor Gewalt – Stichwort: sogenannte Bodycams –, bei der Videoüberwachung sowie bei der Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes durch Einführung eines neuen Straftatbestandes bei tätlichen Angriffen auf Polizeibeamte. Das ist sicherlich anerkennenswert. Das ist in den letzten Wochen und Monaten passiert – auch aufgrund der Initiative von Thomas de Maizière und des Bundesjustizministers Heiko Maas.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend sagen: Die CDU will die Kommunen und die privaten Hilfsorganisationen – das möchte ich noch in der gebotenen Kürze erwähnen – beim Feuer- und Katastrophenschutz im kommenden Jahr mit insgesamt zusätzlich rund 20 Millionen € unterstützen. Wir werden einen entsprechenden Antrag im kommenden Haushalts- und Finanzausschuss einbringen und mit der Aufstockung der Feuerwehrpauschale die Einsatzbereitschaft und die schwere Arbeit der Hilfskräfte und der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden in unserem Land entsprechend würdigen.

Die Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD] – Zuruf von der SPD: Auch die Amtszeit!)

Insgesamt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann der Einzelplan 03 der rot-grünen Landesregierung die Zustimmung der CDU-Fraktion nicht erfahren. Er leistet aus unserer Sicht keinen wirklichen Beitrag zur substanziellen Neuausrichtung, die erforderlich wäre, zur substanziellen Verbesserung der Polizeiarbeit in unserem Bundesland und trifft keine einzige Aussage – in Unterschied zu vor ca. zehn Jahren – zum aus unserer Sicht notwendigen Bürokratieabbau und zu notwendigen strukturellen Veränderungen im größten Bundesland.

Die rot-grüne Landesregierung und der populistisch agierende Innenminister bis in die letzten Tage hinein – ich denke an Ihren Vorschlag, Herr Jäger – ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie wissen aber, dass Ihre Redezeit vorbei ist? Sie haben Ihren Redeschluss ja schon angekündigt.

Theo Kruse (CDU): Es kann nicht ernst gemeint gewesen sein, dass Sie jetzt Einkommen und Bußgeld bei Verkehrssündern auf eine Ebene bringen wollen. Abenteuerlich! Damit fahren Sie in Ihrer populistischen Linie fort.

Ich hoffe, die Wählerinnen und Wähler werden – da bin ich sehr zuversichtlich – im Frühjahr erkannt haben: Rot-Grün steht vor einem innenpolitischen Scherbenhaufen. Dafür trägt in besonderer Weise der bis in die letzten Stunden hinein populistisch agierende Innenminister Ralf Jäger die Verantwortung. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kruse, nicht nur die Redezeit war abgelaufen, sondern ich glaube, auch die Amtszeit der CDU als Opposition in diesem Lande ist aufgrund dieser Müdigkeit Ihres Beitrages schon lange abgelaufen. Das wollen wir hier mal deutlich sagen.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Nicht nur dass Sie eine alte, zu anderen Haushalten vorgetragene Rede wiederverwenden – das fände ich persönlich ja schon unangenehm –: Sie schaffen es auch noch, tatsächlich zu manchen Themen vermeintliche Aussagen der Regierungsfaktionen hinzuzufügen und diese Aussagen falsch darzustellen.

Wenn Ihnen das Thema „Kennzeichnungspflicht“ so wichtig ist: Betroffen sind 5 % der eingesetzten Beamten in Nordrhein-Westfalen. 95 % tragen bereits Namensschilder, Kennzeichnungen oder Dienstaussweise. Wenn das für Sie der Untergang des Abendlandes ist, werden wir das überleben.

Unsere Maßnahmen, die Sie ja durchaus gut finden, aber jetzt nicht ordnungsgemäß gelobt haben, nämlich den Einsatz von Bodycams, den Ausbau der Videoüberwachung, die Frage des Schmerzensgeldanspruches und der Strafverschärfung, haben wir in Ihren Vorschlägen abgelehnt, weil die nicht zielführend waren.

(Zurufe von Serap Güler [CDU] und Bernhard Tenhumberg [CDU])

So umgesetzt – wenn man der Innenpolitik besser folgen würde, wüsste man das, Frau Kollegin –, wie wir es jetzt vorhaben, sind die Maßnahmen richtig. Beim Schmerzensgeld zum Beispiel nehmen wir die Tarifbeschäftigten mit. Die waren Ihnen nämlich ziemlich wurscht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber meine Redezeit ist mir viel zu schade dafür, mich am Wortbeitrag des Kollegen Kruse abzuarbeiten. Denn der von uns hier zu beratende Haushalt 2017 hat mit fast 8,3 Milliarden € nicht nur eine große Investitionssumme, sondern ausnahmsweise, glaube ich,

freuen sich über diesen Einzelplan 03 mal alle in diesem Land. Warum, werde ich Ihnen gerne erklären.

Wir haben 138 Millionen € mehr beim Personal, davon allein 77 Millionen € mehr bei der Polizei. Wir haben 967 neue Planstellen, davon 822 bei der Polizei und 35 beim Verfassungsschutz. Mit unseren 2.000 Neueinstellungen bei der Polizei, festgeschrieben bis 2023, stellen wir fünfmal so viele Polizeianwärterinnen und -anwärter ein, als es Ihnen in Ihrer Regierungszeit gelungen ist. Das ist mal eine Art, wie man innere Sicherheit in diesem Land stärkt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist – weil ja immer gerne der Vergleich herbeigezogen wird – Spitzenreiter bei der Ausbildung von Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern. Im Vergleich sowohl zu allen anderen Ländern als auch zum Bund ist das ein Maßstab für innere Sicherheit.

In dieser Botschaft von der Verstärkung des Haushalts 2017 ist die Ergänzungsvorlage noch gar nicht enthalten, denn mit der Ergänzungsvorlage nehmen wir weitere 53 Millionen € in die Hand. Das sind 236 weitere Stellen für die Bekämpfung von Cybercrime, für IT/Terrorabwehr und auch zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes.

Diese Maßnahmen sind so vorbildlich und begrüßenswert, meine Damen und Herren von den Oppositionsfractionen, dass es Ihnen weder im Innenausschuss noch im Haushalts- und Finanzausschuss und im Unterausschuss Personal gelungen ist, das irgendwie zu kritisieren. Da haben Sie nur herumgemäkelt, anstatt einfach zu sagen: Das ist eine gute Maßnahme! Wir stimmen dieser Ergänzungsvorlage zu! – Das hätte Ihnen gut angestanden, um die Gemeinsamkeit, die Sie beschwören, Herr Kollege Kruse, den Menschen in Nordrhein-Westfalen einmal deutlich zu machen. Wir stehen zu diesen Stärkungen der inneren Sicherheit. Diese sind der richtige Weg nicht nur für das Jahr 2017.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen stärken wir mit den vorgenannten Stellen und dem Geld nicht nur das Personal, sondern nehmen auch 55 Millionen € mehr für sächliche und investive Ausstattung bei der Polizei in die Hand.

Ich könnte Ihnen im gleichen Maße und auch mit der gleichen deutlichen Botschaft etwas zur Verteilung der FlüAG-Mittel, zu Investitionen im Asyl-Kapitel für freiwillige Rückkehr oder auch zu den 9,5 Millionen € zur Verstärkung der sozialen Beratung von Flüchtlingen erzählen. Aber man kann es sich einfach machen:

Was diese Regierung, dieser zu Recht gelobte Minister und diese Regierungsfractionen für die innere Sicherheit in unserem Land und im Einzelplan 03 bewegen, das war gut, das ist gut, und das wird auch

im Jahr einer Landtagswahl gut sein. Deshalb werden wir diesen Haushalt so unterstützen.

Bei der Frage der Stärkung des CIO in Verbindung mit dem E-Government-Gesetz komme ich zu den Änderungsanträgen und gleich auch gerne zu Ihrem Änderungsantrag, den ich ja noch nicht kenne, Herr Kollege Kruse.

Wir als Regierungsfractionen werden mit einem Änderungsantrag zu zwei Punkten eine Verstärkung herbeiführen, indem wir weitere 500.000 € – zu drei mal 2 Millionen – im Bereich E-Government-Gesetz zur Verfügung stellen, um gerade kleine Kommunen auf ihrem Weg zu unterstützen, die E-Akte, das E-Government, die Modernisierung ihrer IT-Struktur für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Das wissen Sie schon aus unserem Entschließungsantrag zum E-Government-Gesetz. Das ist eine wichtige Unterstützung, die wir mit Geld unterlegen.

Der zweite Punkt – das hat mich wirklich erstaunt –: Kollege Kruse, kaum, dass wir über einen Änderungsantrag 1,8 Millionen € zum Thema „Feuerwehr“ in die Hand nehmen – wir stellen jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt auf Antrag einen Mannschaftswagen mit Werbematerial fürs Ehrenamt, für Kinder- und Jugendfeuerwehren, für die Feuerwehr im Allgemeinen zur Verfügung –, kaum, dass diese Botschaft bei Ihnen angekommen ist, dass die Regierungsfractionen neben vielen anderen Maßnahmen, die wir schon gemacht haben, vor Ort die Feuerwehren unterstützen, fordern Sie einfach das Zehnfache – ich kenne Ihren Antrag noch nicht –: 20 Millionen statt 2 Millionen mehr! Jede Feuerwehr in jeder Stadt bekommt 50.000! – Das ist ja offensichtlich Ihr Verlangen für die nächste Woche.

Und dankbarerweise haben Sie gerade gesagt, Sie wollten die Pauschale erhöhen. – Ich will den Feuerwehren hier im Land erklären, was das bedeutet. Das bedeutet, dass, falls Ihr Antrag durchkäme, 20 Millionen € mehr verteilt würden – über die Pauschale. Dann müssten Sie erst einmal festschreiben, dass die Gelder nicht nach einem Schlüssel, sondern nach dem Motto, 50.000 pro Feuerwehr und Stadt, verteilt werden. Dabei wünsche ich Ihnen viel Spaß. Außerdem geht das Geld als pauschale Zuweisung ohne Zweckbindung an die Kommunen. In Städten, die um ihre Haushalte kämpfen, werden diese 50.000 € überall ankommen, nur nicht bei der Feuerwehr.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Da freue ich mich über unsere Mannschaftswagen. Denn einen solchen Mannschaftswagen, den kann man anfassen. Da kann man sich reinsetzen. Den kann man fahren. Und hinten auf den acht Plätzen sitzen acht Kinder und Jugendliche und sagen: Das ist mal eine Stärkung der Arbeit vor Ort. – Ich betone übrigens ausdrücklich, weil Sie das ja schon vor Ort

erzählen: Unsere 1,8 Millionen € für die Stärkung der Feuerwehr kommen nicht aus der Feuerschutzsteuer, sondern es wird frisches neues Geld sein, dass wir extra für diesen Zweck zur Verfügung stellen.

Ich habe bereits ausgeführt, dass sich alle über den Einzelplan 03 freuen. Da will ich zumindest auf einen Umstand hinweisen, der gerne untergeht. Ausnahmsweise – trotz dieser vielen Verstärkungen im dreistelligen Millionenbereich – freuen sich sogar die Haushaltspolitiker über den Einzelplan 03, denn im Verhältnis zu diesem Jahr geben wir im kommenden Jahr 550 Millionen € weniger aus. Ich sage mal so: Das ist die eierlegende Wollmilchsau. Deswegen werden Sie Verständnis haben, dass wir mit Begeisterung und Freude, aber auch mit Respekt vor der anstehenden Verantwortung und den Aufgaben auf dem Feld der inneren Sicherheit dem Einzelplan 03 in den weiteren Beratungen zustimmen werden. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Stotko. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stotko, gestatten Sie mir den Kommentar: Ich würde mich mit dieser Lobhudelei nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, denn zur Wahrheit gehört doch – insofern verwundert das ein wenig –: In den Nachtragshaushalten und in diesem Haushalt 2017 ist plötzlich all das möglich geworden, was von SPD und Grünen die letzten Jahre immer pauschal verweigert worden ist. Das gehört doch zur Wahrheit dazu!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da kommen jetzt drei Dinge zusammen, nämlich ein schlimmes Ereignis wie die Vorkommnisse in der Silvesternacht – das bei anhaltend schlechter Presse – und dann zufällig das Wahljahr 2017. Plötzlich geht all das, was bisher mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt worden ist. Das zeigt doch, dass man bisher einfach nicht wollte, obwohl es sehr wohl gegangen wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier muss man nach den Motiven fragen. Geht es Ihnen in der Sache wirklich um mehr Sicherheit für die Bürger, um besseren Schutz für unsere Beamten oder um eine bessere Stimmung im Wahljahr 2017? – Mein Fazit zu diesem Haushaltsentwurf gleich zu Beginn: viele gute Ansätze, aber schlechte Motive, die dahinterstecken.

Anstatt all Ihre Energie dafür einzusetzen, durch die Umsetzung des Demografieberichts endlich eine Entlastung der Polizei von Aufgaben herbeizuführen und wirksam den Schutz unserer Polizeibeamtinnen

und Polizeibeamten zu verbessern, wird lieber die Kennzeichnungspflicht eingeführt. Herr Kollege Kruse hat gerade darauf verwiesen. Das zeigt durchaus Ihre merkwürdige Prioritätensetzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben selbst am 13. Januar dieses Jahres nach den Silvesterereignissen die Devise ausgelobt: Wo Vertrauen verloren gegangen ist, müssen wir es zurückgewinnen.

Deswegen will ich deutlich sagen: Wir erwarten als FDP-Fraktion – das erwarte ich auch ganz persönlich von Ihnen, obwohl ich mitunter regelmäßig enttäuscht werde – dennoch, dass ein Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen sein Amt besonders sensibel und gründlich ausübt und stets den Überblick hat, was in seinen nachgeordneten Behörden in zentralen Thematiken geschieht. Aber gerade das erfolgt doch offenbar mangels nachhaltiger eigener Fach- und Dienstaufsicht bis heute nur unzureichend.

Ihr Job wäre es, Kriminalität zu bekämpfen. Aber Ihnen gelingt oftmals kaum der Kampf gegen die eigenen Zahlen und Statistiken. Zuletzt haben Sie sich doch in einer ganzen Serie von falschen Zahlen verheddert: von offenbar frisierten Kriminalitätsstatistiken bis hin zu geschönten Bilanzen im Zusammenhang mit dem Blitzmarathon.

Noch letzte Woche lieferten Sie mir, Herr Minister, falsche Zahlen zu den Verfahren betreffend die Silvesterübergreifung und korrigierten diese erst auf kritische Nachfrage von Medien. Die Korrektur erfolgte – wohlgemerkt – auch über die Medien. Dass Ihnen schon bei diesem zentralen Thema der Überblick fehlt, ist bezeichnend.

Bezeichnend finde ich auch das Demokratieverständnis gegenüber dem Parlament, wenn Fragen von Abgeordneten falsch beantwortet werden und die Richtigstellung nur über die Presse erfolgt, anstatt dies auch dem Abgeordneten zukommen zu lassen. Das hätte ich mir gewünscht. – Sie schütteln mit dem Kopf.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber es passt ins Bild und reiht sich in eine Serie von Pannen und Offenbarungseiden ein, die belegen, dass wir in Nordrhein-Westfalen einen Innenminister haben, der offenbar das Prinzip der „blinden Führung“ auch bei sich selbst praktiziert.

Ein paar Beispiele – wir haben ja einiges abgefragt –: Sie können als Innenministerium noch nicht einmal sagen, wie viele Polizeibeamte aktuell für den Dienst in den Kreispolizeibehörden zur Verfügung stehen. Ihr eigener Experte, Herr Weibler, war darüber sichtlich schockiert.

Dann haben wir gefragt: Wie viele Schwereinsätze gibt es eigentlich gegen Einbrecher in Nordrhein-Westfalen? – Ihre Antwort: Wir haben keine Ahnung, keinen Überblick.

Zum Einbruchsradar: Sie haben gar keinen Überblick über die Wirksamkeit bzw. darüber, wie viele Bürger auf die entsprechenden Internetseiten der Polizei zugegriffen.

Wir haben nachgefragt, wie viele Verfahren gegen illegal trotz Passenzugs ausgereiste Islamisten durchgeführt wurden. – Ihre Antwort: Wir haben keine Ahnung.

Wir haben gefragt, welche koordinierten Maßnahmen es nach den Anschlägen von Paris und Brüssel mit der Bundespolizei auf den Zufahrtsstraßen nach Nordrhein-Westfalen gab. – Die erschreckende Antwort: gar keine.

Das könnte man beliebig fortführen: Flickschusterei, Pannen, kein Überblick.

Aber wenn es nur das wäre! Auch da hat Herr Kruse schon einige Beispiele genannt. Nehmen wir nur die ganzen innenpolitischen Baustellen! Ihre Bilanz ist doch verheerend: die Zahl der Rocker seit 2010 vervierfacht, die Zahl der Salafisten versechsfacht. Nordrhein-Westfalen mutiert zur Islamisten- und Salafistenhochburg.

Wir mahnen und warnen hier seit Jahren, endlich maximal konsequent mit allen Mitteln des Rechtsstaats gegen radikalen Islamismus vorzugehen. Aber in der Umsetzung geschieht bislang weiterhin zu wenig.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Nehmen Sie die Einbrüche! Nehmen Sie die Geldautomatensprengungen – auch eine Never-Ending-Story! Auch hier haben wir enorme Steigerungen bei geringer Aufklärungsquote. Anwohner von Geldautomaten müssen mittlerweile sogar um Leib und Leben fürchten, wie jüngst der Vorfall bei einer Sprengung eines Automaten an einer Tankstelle gezeigt hat.

Oder nehmen Sie die unerträgliche Situation im Hambacher Forst! Erst gestern wieder gab es dort brutale Angriffe auf Mitarbeiter.

(Zuruf: Unsäglich!)

Ich frage Sie: Hat das Land den systematischen Gewalteskalationen von radikalen und brutalen Berufsdemonstranten wirklich nichts entgegenzusetzen? Wie lange wollen wir da eigentlich noch zuschauen?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oder zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte“: Jahrelang haben Sie hier nichts gemacht. Immer wieder haben wir Gegenmaßnahmen angemahnt.

Das zum Schluss: Da hilft auch keine Woche des Respekts quasi kurz vor knapp, kurz vor der Wahl. Seit drei Jahren war die Woche des Respekts angekündigt. Jetzt hat sich die Landesregierung endlich bewegt. Aber leider ist das Ganze zudem mit massiven Übergriffen gegen Beamte in Düren und Krefeld gestartet.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Respekt und Rückhalt für unsere Beamten, aber nicht nur eine Woche kurz vor der Wahl. Wir brauchen 52 Wochen des Respekts im Jahr. Wir brauchen 52 Wochen Unterstützung für unsere Beamten im Jahr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir brauchen jedes Jahr 52 Wochen mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Und all das haben Sie die letzten Jahre verschlafen. Deswegen kommen viele der zum Teil auch richtigen Maßnahmen leider erst mit diesem Haushalt und damit sehr deutlich zu spät. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lürbke. – Für die grüne Fraktion spricht Frau Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lürbke, Sie werfen uns vor, Politik im Hinblick auf die Wahl zu machen. – Was war denn die Rede von Ihnen oder die von Herrn Kruse? – Wahlkampf pur! Sie zeichnen Zerrbilder über Einbruchskriminalität, über Salafismus. Sie werfen uns Untätigkeit im Hambacher Forst vor.

Herr Lürbke, waren Sie eigentlich schon mal im Hambacher Forst? Haben Sie schon mal mit den Kollegen von der Aachener Polizei gesprochen? Wir haben dort Anfang des Jahres eine Ermittlungskommission eingerichtet. Auch die Gesamtzuständigkeit liegt mittlerweile beim PP Aachen. Uns Untätigkeit vorzuwerfen und Zerrbilder über die innere Sicherheit zu zeichnen, finde ich unverantwortlich und unhaltbar.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Uns vorzuwerfen, wir wären verantwortlich für bundesweite, zum Teil auch internationale Entwicklungen wie den gewaltbereiten Salafismus, das finde ich absolut unredlich. Das ist faktenfrei. Ich finde es unmöglich, dass Sie solche Zerrbilder zeichnen. Es wäre besser gewesen, Sie hätten zum Haushalt geredet und keine Wahlkampfreden gehalten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will mich im Weiteren an den Einzelplan 03 halten, in den ich direkt mit der Polizei einsteigen will. Da wird deutlich: Wir investieren in die Sicherheit des

Landes Nordrhein-Westfalen, und zwar erhöhen wir wieder die Einstellungsermächtigung für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter auf ein Rekordhoch von 2.000 Stellen.

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

Wir haben die Stellen kontinuierlich erhöht. Ihre Zahl lag im Jahr 2010 in einem schwarz-gelben Haushalt noch bei 1.100. Wir sind mittlerweile bei 2.000. Wir haben die Einstellungszahlen von Anfang an kontinuierlich erhöht und eben nicht erst zum Ende der Legislaturperiode.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Angesichts der angespannten Sicherheitslage legen wir noch mal eine Schippe drauf. Das kann man so offen sagen: Angesichts des internationalen Terrorismus haben wir eine veränderte Sicherheitslage, auf die wir reagieren.

Durch neue Herausforderungen haben wir eine Arbeitsverdichtung bei der Polizei. Auch der Demografiefaktor spielt bei der Polizei wegen der vielen anstehenden Pensionierungen eine Rolle. Deshalb ist es richtig, dass wir die Polizei stärken. In der Ergänzungsvorlage legen wir mit der Verstärkung im Bereich „Cybercrime“ noch mal was drauf. Das sind genau die richtigen Antworten auf die Herausforderung, vor der die Polizei momentan steht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch im Bereich des Verfassungsschutzes legen wir beim Personal noch einmal drauf. Gerade wir Grüne haben immer gesagt: Wir wollen die Sicherheitsbehörden personell so ausstatten, dass sie ihre Arbeit gut machen können. Wir wollen sie personell gut ausstatten, anstatt den Sicherheitsbehörden immer wieder neue Befugnisse zu geben. – Das tun wir hier. Ich finde, dass dies angesichts der massiven Zunahme rassistischer und rechtsextremer Gewalt in unserem Land, angesichts des Zulaufs zur verfassungsfeindlichen salafistischen Szene und angesichts der besorgniserregenden sprunghaften Zunahme linker Gewalt und linker Straftaten im letzten Jahr die richtige Antwort ist, die wir hier geben.

Die FDP behauptet ja immer wieder, dass „Wegweiser“ unterfinanziert sei. Die CDU hingegen würde das Beratungsprojekt „Wegweiser“ am liebsten direkt abschaffen.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Ich will noch einmal sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen „Wegweiser“ gut ausstatten. Zum Glück ist durch die Veröffentlichung des Innenministeriums erstmals öffentlich geworden, wie viel wir eigentlich in „Wegweiser“ stecken. Wenn man sich die Zahlen für den Verfassungsschutz einmal anschaut – für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes sind 4,12 Millionen € veranschlagt und für „Wegweiser“ 4,57 Millionen €, also für „Wegweiser“ sogar mehr als

für den Verfassungsschutz –, dann kann man nicht davon sprechen, dass „Wegweiser“ unterfinanziert wäre. Im Gegenteil: Wir werden „Wegweiser“ weiter ausbauen und das Personal in den Beratungsstellen aufstocken. Das ist auch gut so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber es sorgen ja nicht nur Polizei und Verfassungsschutz in unserem Land für Sicherheit, sondern es sind auch die über 120.000 Angehörigen der Berufsfeuerwehren und der freiwilligen Feuerwehren in unserem Land. Für diese Arbeit gebühren ihnen unsere Anerkennung und unser Respekt.

Im Jahr 2017 wird das Projekt „Feuerwehrensache“ in die letzte Phase, in das letzte Jahr gehen. Wir haben dann insgesamt 5 Millionen € für „Feuerwehrensache“ ausgegeben. Ich finde, dass es nach wie vor ein gutes Projekt ist. Ich war bei vielen Veranstaltungen und habe leider die Kollegen von CDU und FDP bei jeder Veranstaltung, bei der ich war, vermisst. Ich glaube, Sie waren auf keiner dieser Veranstaltungen.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Ganz genau! – Marc Lürbke [FDP]: Auf den Veranstaltungen, auf denen ich war, waren Sie auch nicht!)

Das finde ich schade; denn ich bin der Meinung, dass wir die Freiwilligen in den Feuerwehren mehr unterstützen müssen. Deshalb haben wir auch noch einmal einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt, weil wir die Freiwilligen bei den Feuerwehren brauchen. Das erkennen wir auch an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen aber auch das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe. Die Finanzierung der Unterbringung und der Versorgung der Flüchtlinge ist ja auch in diesem Jahr wieder ein großer Bereich im Einzelplan 03. Für uns ist klar, dass wir für die Flüchtlinge mehr brauchen als nur ein Dach über dem Kopf. Daher unterstützen wir die Geflüchteten in den Landeseinrichtungen und vor Ort durch Beratungsangebote. Wir stärken insbesondere schutzbedürftige und traumatisierte Flüchtlinge durch ein Netz aus psychosozialen Behandlungszentren. Hierfür nehmen wir durch einen Änderungsantrag der Fraktion noch einmal 5 Millionen € zusätzlich in die Hand. Wir erhöhen den Gesamtetat in diesem Bereich auf über 42 Millionen €. Auch das ist eine gute Sache und ein richtiges und wichtiges Anliegen.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE] und Monika Düker [GRÜNE])

Auch den Bereich des E-Governments bringen wir in Nordrhein-Westfalen voran. Wir schaffen Bürgernähe, Transparenz und mehr Beteiligung. Wir haben für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes Geld und Stellen eingeplant. Im Einzelplan des In-

nenministeriums sind es knapp 25 Millionen € zusätzlich an Sachmitteln. Durch die Ergänzungsvorlage werden 51 neue Stellen geschaffen. Wir werden auch die Kommunen durch einen Änderungsantrag zur dritten Lesung weiter unterstützen. Damit werden wir unser Versprechen einlösen und konkrete Unterstützungsleistungen für die Kommunen auf den Weg bringen.

Ich finde, dass alle von mir vorgetragenen Punkte gut und wichtig sind. Wir als grüne Fraktion unterstützen natürlich den Einzelplan 03 im Haushalt 2017 und werden ihm zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! So viel „Cyber“ war noch nie. Ganze 27 Mal taucht das Wort in der Ergänzungsvorlage zum Haushalt auf. Viele Millionen Euro werden dafür verpulvert. Wofür genau? Da hüllt sich die Landesregierung in Schweigen. Zu unseren Fragen nach dem Konzept gab es nur die üblichen Antworten: Darknet, allgemeine Gefahrenlage – nichts Konkretes.

Konkret war dagegen das Routerproblem der Telekom vom Wochenende. Dazu diskutieren wir hier im Landtag seit September dieses Jahres den Antrag der Piratenfraktion „Digitale Gefahrenabwehr – Sicherheitslücken entdecken und schließen“. Sicherheitslücken müssen in der Tat geschlossen werden, damit sie nicht von Geheimdiensten oder Crackern weiter genutzt werden können. Das wäre etwas, für das Sie Geld ausgeben sollten, nein, sogar müssen. Aber ich bin relativ sicher, dass unser Antrag abgelehnt werden wird. So wird das nichts mit der „Cybersicherheit“. Mehr Geld für „Cyberüberwachung“, wie hier im Haushalt aufgeführt, ist die falsche Antwort.

Weitere Maßnahmen, die hier im Haushalt finanziert werden, wie der Ausbau der Videoüberwachung bieten ebenfalls keine Lösung, weil sie keinerlei nachweisbaren Effekt auf die Aufklärung von Straftaten oder die Verurteilung von Tätern haben.

Ich dachte eigentlich, es könnte nicht schlimmer kommen. Aber als ich gestern die Berichterstattung von der Innenministerkonferenz gesehen habe, war klar: Doch, es geht immer noch ein bisschen mehr. Die ganze Konferenz war offensichtlich im Überwachungsrausch.

So fügen sich dann tatsächlich die „Cyber“-Puzzlestückchen hier im Haushalt zu einem Bild zusam-

men: deutschlandweite zentralisierte Datensammlungen und Abfragemöglichkeiten für Polizei und Verfassungsschutz. Was ist schon das Trennungsgebot im Zeichen der ständigen Bedrohung? Wieder erfolgt eine Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung: jetzt auch WhatsApp und Skype. Hat Ihnen niemand gesagt, dass Sie dafür den Netzverkehr analysieren müssen? Wir kriegen dann also Deep Packet Inspection per Gesetz. Danke an die Herren Überwachungsminister!

Und dann wieder die Funkzellenabfrage – der Traum aller Überwacher, seit die Menschen ihre elektronischen Wanzen selbst kaufen und ständig mit Strom versorgen. Jetzt wollen Sie tatsächlich die Funkzellenabfrage als Standardermittlungsmaßnahme bei Wohnungseinbrüchen verwenden – eine Technik, die immer hauptsächlich Unschuldige betrifft und für die wir seit drei Jahren hier mit unserem Antrag zur Erhebungsmatrix den Nachweis der Wirksamkeit von der Landesregierung einfordern. Der Nachweis ist bis heute nicht erbracht worden.

Sie wollen jetzt bei einem Wohnungseinbruch speichern, wer alles in der Gegend war? Tolle Idee! Der Profieinbrecher lässt aber einfach sein Handy zu Hause. Das war es dann.

Herr Minister Jäger, Sie lassen sich von der CDU zu immer mehr Überwachung überreden, und die Grünen spielen mit. Das ist eine Schande.

(Beifall von Michele Marsching [PIRATEN] und Dirk Schatz [PIRATEN])

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Thema kommen, bei dem es auch um Digitales geht. Die Landesregierung hat es versäumt, die innere Verwaltung frühzeitig effizienter zu machen. Das E-Government-Gesetz ist nicht ambitioniert genug. Länger zu warten, kostet uns aber bares Geld. Anstatt Leuchtturmprojekte durchzuführen, hätte eine Modernisierung der Verwaltung hin zu einer bürgerfreundlichen und serviceorientierten Verwaltung auch in den Kommunen passieren müssen.

Die Landesregierung hat die Kommunen auf diesem Gebiet aber völlig im Stich gelassen. Der mit großem Tamtam ausgerufene Pakt mit den Kommunen ist nur ein Stück Papier – nachgeholt, als das E-Government-Gesetz schon längst verabschiedet war.

Es hat nicht einmal ein Förderprogramm für Kommunen in der Haushaltssicherung zur Einführung von E-Government gegeben. Die jetzt vorgesehenen 2,5 Millionen € für die allgemeine Förderung von E-Government sind ein Witz. Wenn jetzt noch 500.000 € oben draufkommen, Herr Stotko, dann reicht das auch nicht.

Noch ein Punkt – ich nenne es einmal „Mut zur Lücke“ –: Im Koalitionsvertrag stolz vereinbart und groß angekündigt, konnte ein Transparenzgesetz bis

heute nicht vorgelegt werden. Was sagt das eigentlich aus, wenn es das Land Nordrhein-Westfalen trotz des erklärten Willens der Landesregierung nicht schafft, innerhalb von fünf Jahren ein Transparenzgesetz zu erstellen?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Die können es halt nicht! Die wollen es nicht!)

Handlungsfähigkeit strahlt das für mich nicht aus. Die Lücke in der Bilanz wird wohl bleiben.

Fehlende Handlungsfähigkeit gab es aber nicht nur im Bereich der digitalen Verwaltung, sondern in dieser Legislaturperiode leider auch vor allem im Bereich der Aufnahme von Geflüchteten. Gleich bei unserem Einzug in den Landtag haben wir Piraten die schon damals vorhandenen Mahnungen der Hilfsorganisationen zu steigenden Flüchtlingszahlen aufgegriffen und hier thematisiert.

Die Landesregierung hat aber die Hände in den Schoß gelegt und sich dann kurz vor knapp und völlig unvorbereitet einen Bieterwettbewerb mit anderen öffentlichen Stellen um Zelte und Container geliefert. Direkte Vergaben ohne Ausschreibung wurden zur Regel. Eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche Erfüllung ihrer Aufgaben gab es zeitweise nicht mehr. Viele Millionen Euro sind so verschleudert worden. Aktuell verschwinden die Kosten für die landeseigenen Unterbringungen in einem großen schwarzen Loch namens BLB-Generalauftrag, der dringend transparent gemacht werden muss.

Ich komme zum Schluss. Die Landesregierung steckt viel zu viel Geld in wirkungslose Antiterrormaßnahmen. 27 Mal das Wort „Cyber“ in den Haushalt zu schreiben, ist keine Lösung, sondern ein Problem.

(Beifall von den PIRATEN)

Dieser Minister und diese Landesregierung können mit dem Thema „Digitalisierung“ einfach nicht umgehen. Sie sind überfordert, und zwar in vielen Punkten, die für die Sicherheit und vor allem auch für das Vertrauen der Menschen in unserem Land wichtig sind. Populismus und Sicherheits-Bling-Bling schaffen kein Vertrauen, sondern zerstören die Grundlage dafür. Wenn Sie Probleme mit der Digitalisierung haben, dann fragen Sie uns Piraten – jetzt oder im nächsten Landtag. Wir stehen bereit. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten

Damen und Herren! Der Einzelplan 03 bildet naturgemäß die Summen ab, die das Land Nordrhein-Westfalen in die innere Sicherheit investiert.

Auch in diesem Jahr ist das Polizeikapitel das größte innerhalb des Einzelplanes 03. Rund 3,14 Milliarden € stellen wir für die Polizei in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Das sind 139 Millionen € mehr als im letzten Haushalt und rund 630 Millionen € mehr als im Jahre 2010. Somit beträgt die Steigerung mehr als 20 %.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jeder einzelne Euro ist eine Investition in die Sicherheit dieses Landes. Deshalb ist das gut angelegte Geld.

(Beifall von der SPD)

Der weit überwiegende Teil dieser 3,14 Milliarden € entfällt dabei auf das Personal der Polizei. Wir schaffen noch einmal zusätzlich 822 neue Planstellen bei der Polizei.

Darüber hinaus setzen wir unseren Weg in der Ausbildung von Kommissaranwärterinnen und -anwärtlern konsequent fort. Bereits im letzten Haushalt hatten wir eine Rekordzahl zu vermelden. Ab kommenden Jahr knacken wir sogar die Grenze von jährlich 2.000 Einstellungen von Anwärterinnen und Anwärtern. Das ist ein Rekord. Wir werden das bis zum Jahre 2023 fortsetzen. In der Summe werden wir damit nicht nur die zu erwartenden Abgänge durch Pensionierungen kompensieren, sondern unsere Polizei insgesamt deutlich und nachhaltig verstärken.

Meine Damen und Herren, ich will gerne etwas zu Sachmitteln und Investitionen sagen. Wir legen nicht nur beim Personal etwas drauf, sondern planen auch, gut 34 Millionen € mehr bei den Investitionen sowie 20 Millionen € mehr bei den Verwaltungsausgaben zu investieren. Dieses zusätzliche Geld werden wir für Maßnahmen zur Abwehr der Terrorgefahr, für den Bereich der Telekommunikationsüberwachung, für ein zweites Rechenzentrum sowie für Investitionen in die Schutzausrüstung und die Waffen der Polizei in Nordrhein-Westfalen ausgeben.

Klar ist aber auch: Die beste Schutzausrüstung und die besten und wirksamsten Waffen in den Händen der Polizisten nützen nur etwas, wenn die Einsatzkräfte in besonderen Lagen und besonderen Einsatzszenarien auch entsprechend geschult sind. Wir investieren daher noch einmal in den Ausbau spezialisierter Trainingsstätten.

Ich würde gerne das Thema „Verfassungsschutz“ ansprechen; denn die innere Sicherheit wird nicht nur durch die Polizei, sondern auch maßgeblich durch den Verfassungsschutz gewährleistet. Die Radikalisierung im Internet und insbesondere in den sozialen Netzwerken hat in den letzten Jahren in allen Bereichen des Extremismus – rechts, links, Salafismus –

sprunghaft zugenommen. Extremistische, terroristische und kriminelle Aktivitäten verlagern sich immer mehr in die digitale Welt. Zum Beispiel nutzt die islamistische Szene das Internet als zentrale Plattform für die Radikalisierung, für die Rekrutierung, für die Kommunikation, für die Steuerung von Dschihadisten sowie für die Planung und Vermarktung von Anschlägen.

Unsere Sicherheitsbehörden müssen personell, organisatorisch und technisch so ausgestattet werden, dass sie diesen Gefährdungen auch wirksam entgegenreten können. Der Verfassungsschutz erhält deshalb zusätzlich weitere 35 neue Stellen und die dazu notwendigen Sachmittel.

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit ist nicht der alleinige Schwerpunkt im Einzelplan 03. Das Thema „Asyl“ nimmt auch in diesem Jahr einen großen Raum ein. Wir verzeichnen einen anhaltenden deutlichen Rückgang der Zugangszahlen nach Deutschland, was sich im Haushalt selbstverständlich bemerkbar macht.

Lassen Sie mich zunächst auf die FlüAG-Pauschale eingehen. Der Haushaltentwurf 2017 sieht eine Absenkung der Landeszuweisung um mehr als 825 Millionen € vor. Die Gründe dafür sind klar. Wie Sie wissen, stellen wir auf eine FlüAG-Pauschale um, die nicht mehr einmal im Jahr erhoben wird, sondern künftig pro Monat an die Kommunen fließen soll, und zwar in Höhe von 866 € pro Kopf. Die Veranschlagung der FlüAG-Mittel im Haushaltsentwurf 2017 beruht auf dieser neuen Berechnung.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus möchte ich noch auf zwei weitere Positionen im Bereich Asyl eingehen. Die freiwillige Ausreise – übrigens die schnellste Ausreise – ist ein Instrument, auf das wir in Nordrhein-Westfalen vorrangig setzen, auch weil es die tatsächlich weniger belastete Ausreisevariante ist, und zwar sowohl für die Betroffenen selbst als auch für Behörden und Polizei. Daher haben wir im Haushaltsentwurf 2017 über 6,8 Millionen € mehr dafür vorgesehen als 2016.

Die soziale Beratung von Flüchtlingen stärken wir, indem wir gegenüber dem Jahr 2016 zusätzlich 9,5 Millionen € bereitstellen. Wir wollen eine adäquate Anzahl von Verfahrensberatungsstellen und dezentralen Beschwerdestellen einrichten. Darüber hinaus stocken wir die psychosozialen Beratungszentren und die Rückkehrberatungsstellen mit je 13 zusätzlichen Stellen auf.

Meine Damen und Herren, ich würde gern auch etwas zu den Bezirksregierungen sagen. Es ist gut, dass wir sie haben. Das sollte ja einmal anders werden. Das letzte Jahr hat doch gezeigt, wie wichtig die Bezirksregierungen als Zwischenebene für uns sind. Das gilt nicht nur für die Unterbringung von Flüchtlingen. Dies war übrigens eine großartige Leistung –

nicht nur von Ehrenamtlern und den Kommunalverwaltungen, sondern auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Bezirksregierungen. Das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich feststellen. Da ist großartig gearbeitet worden.

(Beifall von der SPD)

Aber auch darüber hinaus bleiben die Bezirksregierungen für uns unverzichtbar. Sie nehmen weiterhin Aufgaben im Rahmen ihrer gesetzlichen Vorgaben wahr. Sie nehmen Aufgaben wahr, die zurzeit ständig wachsen. Deshalb ist es richtig, die Bezirksregierungen mit 160 zusätzlichen Stellen auszustatten.

Eine meiner letzten Anmerkungen zum Einzelplan 03 möchte ich der Übernahme von schwerbehinderten Menschen in den Landesdienst widmen. Das mag für den einen oder anderen in der großen Haushaltsdebatte ein Nischenthema sein. Aber mir ist es wichtig, das einmal herauszustellen.

Wie in den Vorjahren auch – übrigens auch zu Zeiten von Schwarz-Gelb; das muss man deutlich sagen – richten wir für 16 behinderte Menschen Stellen ein, um sie zu Verwaltungsfachangestellten zu qualifizieren. Das ist bewährt. Wir nutzen damit das Potenzial von sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus sehen wir im Entwurf 2017 insgesamt 2.429 Einstellungsermächtigungen und 401 Stellen für Auszubildende vor. Damit können wir bei der Ausbildung unseres Nachwuchses das hohe Niveau des Vorjahres noch einmal steigern. Es ist auch eine echte Herausforderung, was die Ausbildungskapazitäten angeht. Das brauchen wir aber wirklich – nicht nur, um der demografischen Entwicklung innerhalb der Landesverwaltung Rechnung zu tragen, sondern auch, um zukünftig in der Lage zu sein, freie Stellen oder frei werdende Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung bleibt mit dem Einzelplan 03 ihrer Linie treu, in die Sicherheit und in die Humanität dieses Landes zu investieren, weil wir davon überzeugt sind, dass die wesentliche Grundlage unserer Gesellschaft, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft, nur durch ein sicheres und ein harmonisches Miteinander möglich ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da die verehrten Vorred-

ner sich hier zum Teil als Untergangspropheten profilieren wollten und sich einen Wettbewerb im Schlechtreden unseres Landes geliefert haben, will ich dann doch noch zwei Dinge zum Thema „innere Sicherheit“ anmerken.

Die FDP verlangt hier maximal konsequentes Vorgehen und begleitet das mit martialischen Sprüchen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Lürbke, ich kriege Schüttelfrost, wenn ich Sie als ehemalige Bürgerrechtspartei hier so agieren sehe.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Zuruf von Marc Lürbke [FDP] – Weitere Zurufe)

– Lieber Herr Kollege Kruse, was Sie gemacht haben, war nur Schlechtreden des Landes. Das war schierer Populismus.

(Beifall von der SPD)

Das dient nicht dem Wettbewerb demokratischer Parteien, sondern nutzt im Ergebnis ganz anderen Kräften.

(Beifall von der SPD)

Ich will jetzt am Beispiel des GFG klarmachen, wie Sie arbeiten. Sie vergessen Ihre eigenen schlechten Taten in der Vergangenheit und machen, ausgehend von Ihren eigenen Dingen, eine Projektion in die Zukunft. Das gilt sowohl für Polizistinnen und Polizisten, wo Sie ganz erheblich mehr fordern, obwohl Sie selber viel weniger getan haben, als auch für das GFG, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben in Ihrer Regierungszeit die Kommunen um 3 Milliarden € entreichert. Darüber hinaus haben Sie Konsolidierungsbeiträge aufrechterhalten und die Kommunen bei der Grunderwerbsteuer nicht mit einbezogen. Alles das haben Sie geleistet. Das hat die Kommunen rund 2,5 Milliarden € gekostet.

Was haben wir gemacht? Wir haben exakt diesen Betrag wieder draufgelegt und zahlen aufgrund des neuen GFG mit 10,64 Milliarden € einen Rekordbetrag an unsere Kommunen. Wir helfen mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen denjenigen aus der Vergleichlichkeitsfalle heraus, die bis vor Kurzem noch keinen eigenen Finanzhorizont mehr hatten, um selbstständig über Haushalte entscheiden zu können.

Lassen Sie mich da einen unverdächtigen Zeugen aus meiner Heimatstadt bemühen, nämlich den Kämmerer der Stadt Mönchengladbach, Herrn Kuckels von der FDP. Er hat formuliert:

„Wir sind auf Kurs und haben den Haushaltsausgleich 2018 klar vor Augen.“

Das ist so ähnlich wie beim Programm „Gute Schule“.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit ist beendet.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich komme zum Ende. – Auch da profitieren ganz offensichtlich viele Kolleginnen und Kollegen auf kommunaler Ebene mit Freude von den Leistungen dieser Landesregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie in sich. Üben Sie Demut. Stimmen Sie dem guten GFG für unsere Kommunen zu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Oh Gott!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Körfges, vielleicht haben Sie im Nachgang zur Debatte ja noch Zeit, zumindest einen oder zwei dieser ach so martialischen Ausbrüche des Kollegen Lürbke an uns weiterzuleiten. Möglicherweise haben wir auch unterschiedliche Reden hier gehört. Oder Sie müssen das nächste Mal Ihre Rede anpassen und dürfen nicht einfach auf das eingehen, womit dem Sie im Vorfeld gerechnet hatten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kollege Körfges, ein berühmter Genosse aus Ihren Reihen hat einmal gesagt:

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

Das war Gustav Heinemann. Dieses Zitat passt, wie ich finde, sehr gut als Resümee der Debatten zum Gemeindefinanzierungsgesetz hier in den letzten Jahren, sowohl im Plenum als auch im Ausschuss.

Verglichen mit den Vorjahren gibt es im Gemeindefinanzierungsgesetz keine wesentlichen Veränderungen und damit auch keine essenziellen Verbesserungen für die Kommunen innerhalb der Verteilssystematik. Es bleibt dabei: Es wird an einer zu kurzen Finanzdecke nach rechts und links, nach vorne und hinten gezerrt.

Die kritischen Punkte haben wir Ihnen im Ausschuss auch genannt. Ich werde einige wenige Punkte hier aufführen. Wir sehen zum Beispiel weiterhin, dass die Einwohnerveredelung zu pauschal vorgenommen wird. Wir sehen es weiterhin kritisch, dass wir einheitliche fiktive Hebesätze ansetzen. Wir sehen es auch kritisch, dass wir die Mehrkosten für Kommunen infolge des demografischen Wandels nirgendwo abbilden.

Das Ganze wurde von Herrn Dr. Zentara vom Landkreistag in der Anhörung zum GFG ganz gut zusammengefasst, der da sagte – ich zitiere –:

„2017 ist ja die Reproduktion von 2016.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Körfges hat gerade das hohe Gesamtvolumen des GFG wieder einmal gelobt. Grundsätzlich freuen wir uns darüber auch. Wir sind auch weiterhin der Meinung, dass der Stärkungspakt Stadtfinanzen ein Schritt in die richtige Richtung war.

Mit Blick auf die finanzielle Realität bei den Kommunen muss man aber auch wissen, dass dieser Schritt nicht ausgereicht hat. Weitere Schritte in diese Richtung müssen folgen.

Die Kommunalverschuldung in Nordrhein-Westfalen ist auf Rekordniveau. Sie beträgt fast 62 Milliarden € – davon 26 Milliarden € Kassenkredite. Diese sind seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün um über 30 % angestiegen. Sie wissen, dass gerade bei den Kassenkrediten das Risiko für die Kommunen, was Zinsänderungen angeht, besonders groß ist. Da heißt es: Vorsicht an der Bahnsteigkante!

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Situation noch einmal genau anschaut, sieht man ein weiteres Risiko bzw. ein weiteres Beispiel, das das ganz gut deutlich macht. Finanzwissenschaftler beziffern die Zinsersparnisse der Kommunen durch die Niedrigzinsphase auf rund 1,7 Milliarden € im Jahr 2014 im Vergleich zu den Zinsausgaben im Jahr 2000. Das entspricht ziemlich genau den letzten kommunalen Finanzierungsüberschüssen. Im Umkehrschluss bedeutet das: Bei einer Normalisierung der Zinslage sind diese Überschüsse bei den Kommunen schneller wieder weg, als sie gekommen sind.

In Bezug auf die Kassenkredite besorgt uns insbesondere – hier darf ich auf die Antwort auf unsere Kleine Anfrage Drucksache 16/12499 verweisen –, dass die Landesregierung dort noch nicht einmal einen erhöhten Handlungsbedarf sieht.

Wir bleiben dabei: Wir würden uns eine umfassende mutige Analyse des Gemeindefinanzierungsgesetzes wünschen – keine Minimalkorrekturen, kein Herumzerren an der viel zu kurzen Finanzdecke. Wir würden uns weitere Schritte in die Richtung wünschen, in die wir beim Stärkungspakt Stadtfinanzen gemeinsam gegangen sind. Das sehen wir an dieser Stelle nicht. Das GFG lehnen wir darum ab.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Kollege Krüger.

Mario Krüger (GRÜNE): Meine Damen, meine Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Herr Präsident! Herr Höne, wir haben den Raubzug durch die kommunalen Kassen beendet. Führen Sie sich einmal die Situation vor Augen. 2010 waren es mehr als 100 Kommunen, die einen Nothaushalt gefahren haben. Heute reden wir von einigen wenigen.

Wir haben die Verschlechterungen, die Sie im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen haben, beseitigt –

(Henning Höne [FDP]: Aber nicht die Gesamtverschuldung!)

ob es die Herausnahme der Befrachtungen mit über 166 Millionen € pro Jahr ist oder ob es die Einbeziehung der Grunderwerbsteuer ist, für die Ihre Fraktion seinerzeit gestanden hat. Allein das macht einen Betrag von rund 500 Millionen € aus, der hier aus dem Landeshaushalt bereitgestellt wird oder, anders formuliert, zu einer Erhöhung der Verbundquote um 1 % führt.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Sehen Sie sich die Zahlen an. 10,64 Milliarden € sind ein Plus von 264 Millionen € gegenüber dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2016.

Parallel müssen Sie noch die anderen Leistungen berücksichtigen, die das Land den Kommunen bereitstellt – ob es das Thema „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ mit einem Anteil des Landes von 400 Millionen € pro Jahr ist, ob es das Thema „Flüchtlingspauschalen“ ist oder ob es diverse andere Programme sind, beispielsweise das Programm „Gute Schule 2020“, mit dem den Schulen vier Mal 500 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, was auch zu einem weiteren Hebesatzpunkt führt.

In der Summe macht das 24 bis 25 Milliarden € aus, die im nächsten Jahr den Kommunen insgesamt aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehen. Das unterscheidet uns von Schwarz-Gelb.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Einheitslastenabrechnungsgesetz, Herr Höne; zur Erinnerung.

Wir haben seit 2009 eine jährliche Entlastung in Höhe von 130 Millionen € bis 155 Millionen € vorgenommen. Wir haben von 2007 bis 2009 auf Rückforderungen von etwa 240 Millionen € verzichtet. Aufaddiert ist alleine das unter Einbeziehung des Haushaltsjahres 2017 eine Summe von 1,5 Milliarden €. So gehen wir mit den Kommunen um.

Das macht deutlich, dass wir dem Anspruch, den wir uns 2010 und 2012 gesetzt haben, zur Gesundung der kommunalen Kassen beizutragen, gerecht werden. Wir werden uns von Ihnen auch nicht beirren lassen. Wir werden auf diesem Weg weitermachen und wollen einmal schauen, wie Ihre Konzepte und

Ihre Anträge in diesem Zusammenhang aussehen. Bezeichnend ist, dass Sie neben den Forderungen, die Sie hier gerade vorgetragen haben, nicht einen einzigen Punkt in diesem Zusammenhang zum Gegenstand von Haushaltsanträgen gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Krüger. – Für die Piraten hat sich noch einmal Herr Kollege Herrmann gemeldet.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Auch mit diesem GFG ist für die Kommunen in NRW keine auskömmliche Finanzierung in Sicht. Die breite Masse der Kommunen hat immer noch nicht genug Geld für die Pflichtaufgaben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das GFG ist dazu intransparent und lässt nicht zu, dass Mittelfluss, Aufgabenteilung und Aufgabenerledigung in einen Zusammenhang gebracht werden können.

Das *Konnexitätsausführungsgesetz* ab 2005 ist grundsätzlich zu begrüßen. Nur: Zum einen sind fast alle Kommunalaufgaben vor 2005 an die Kommunen gegeben worden und damit in diesem Kontext nicht relevant. Zum anderen sind selbst bei Aufgabenerweiterungen Abgrenzung und Bewertung sehr schwierig vorzunehmen. Wir verweisen aktuell auf das Unterhaltsvorschussgesetz.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Korrekt!)

Hierin wird das Alter der Empfänger von zwölf auf 18 Jahre geändert und die maximale Zahlungsdauer gestrichen, also eine Änderung von mehr als 50 % der Parameter vorgenommen. Viel Geld wird das kosten. Und das soll nicht konnexitätsrelevant sein? Woher sollen die Kommunen das Geld nehmen?

Eine gute Haushaltsplanung muss aus unserer Sicht das Konnexitätsprinzip nach und nach auf bereits übertragene Aufgaben anwenden – bei gleichzeitigem Abschmelzen der Mittel des GFG. Das würde Transparenz herstellen und dazu beitragen, die Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit von Beschlüssen zu stärken.

Einige Aufgaben können durch die Kommunen kaum bis gar nicht beeinflusst werden und die Kommunen trotzdem unterschiedlich betreffen. Hierzu sei als Beispiel auf die Kosten der Unterkunft verwiesen. Hierbei muss eine hundertprozentige Finanzierung durch die aufgabenvergebende Ebene sichergestellt werden, in diesem Fall durch den Bund. Nach unse-

ren Erfahrungen wollen diese Transparenz aber weder die Kämmerer von SPD und CDU noch die Landes- oder Bundesebene.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Tja, keiner will zahlen!)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form verfestigt bestehende Verwerfungen im kreisangehörigen Raum durch die Verteilungssystematik zwischen kreisfreien Städten und Städten im kreisangehörigen Raum. Durch die „Einwohnerveredlung“ – Herr Höne hat das auch schon angesprochen – beim kommunalen Finanzausgleich findet in großem Maßstab eine Umverteilung von Mitteln in den kreisfreien Raum statt.

Wie bei anderen Themen auch zeigt sich die Landesregierung hierbei beratungsresistent, obwohl diese Praxis bereits vom Verfassungsgericht hinsichtlich des Soziallastenansatzes gerügt wurde.

Minister Dr. Walter-Borjans hat den Ausschuss für Kommunalpolitik am 9. September 2016 darüber informiert, dass die Integrationspauschale gemäß Vereinbarung mit dem Bund den Ländern zu deren Entlastung zustehe. Unabhängig davon appellieren wir aber weiterhin an die Landesregierung, dass die Zuflüsse aus der Integrationspauschale auch dorthin zu leiten sind, wo die Integration geleistet wird, und zwar vor Ort in den Kommunen. Alles andere halten wir für unredlich.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Seit den 80er-Jahren findet ein kontinuierlicher Eigenkapitalverzehr in den Kommunen statt, der nicht nur die Ausgleichsrücklage, sondern auch die allgemeine Rücklage aufzehrt.

Lediglich 13,6 % der Kommunen in Nordrhein-Westfalen weisen aktuell ausgeglichene Haushalte auf. Aber unfassbare 25 % der zur Solidaritätsumlage verpflichteten Kommunen befinden sich selbst in der Haushaltssicherung. Ohne weitere Mittel des Landes werden die Kommunen eine Kehrtwende aus eigener Kraft nicht schaffen. Der reale Verbundsatz nach Abzug des darin enthaltenen Belastungsausgleichs liegt aktuell bei nur 21,8 %. Wir plädieren seit langer Zeit für eine Rücknahme der Absenkung der Verbundquote und eine Heraufsetzung auf die ursprünglichen 28,5 %.

Nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, sondern alle Sachverständigen sprachen sich in der Anhörung am 30. September ebenfalls dafür aus, diesen Schritt baldmöglichst zu gehen. Umso bedauerlicher ist es, dass die Landesregierung auch hier dringende Empfehlungen von Sachverständigen und Experten wie gehabt ignoriert.

Fazit: Ohne das zentrale Element einer Erhöhung der Verbundquote, ohne eine Weiterleitung aller Bundeszuschüsse zur Integrationspauschale, mit

der Beibehaltung der fiktiven Hebesätze sowie ohne eine schrittweise Umsetzung hin zum Konnexitätsprinzip zementieren die vorliegenden Gesetzentwürfe nur die weiterhin stark gewachsene Belastung der Kommunen wie die bereits gerügte Umverteilung zulasten des kreisangehörigen Raums.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Frank Herrmann (PIRATEN): Wir lehnen den Gesetzentwurf daher in der vorliegenden Form ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Mir liegen zum Einzelplan 03 keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Ende der Beratungen des Einzelplans 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales.

Ich erinnere an die Absprache, dass zwischen 12:30 und 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur
und Sport**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13507

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf 2017 liegt uns der siebte Rechenschaftsbericht bzw. Tätigkeitsplan dieser rot-grünen Mehrheit in Nordrhein-Westfalen vor. Diese Mehrheitsgruppe aus Rot und Grün hat seit 2010 mit ihren Stimmen alle Initiativen, die nicht von ihr selbst kamen, niedergeschmettert – und das ohne sachliche und fachliche Begründung.

Es reichte aus, dass der Briefkopf auf Anträgen und Initiativen nicht mit roter oder grüner Tinte gestaltet war. Das war und ist keine Koalition der Einladung. Deshalb tragen Sie von Rot-Grün auch die alleinige Verantwortung für all die Missstände, die durch Ihre unsägliche ideologische Politik in Nordrhein-Westfalen entstanden sind.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – Herbert Franz Goldmann [GRÜNE]: So ist es! Genauso ist es!)